

# NS und Kommunen



Rathaus von Rostock  
1939

# NS und Kommunen

- Kommunen für Realisierung der NS-Politik von großer Bedeutung
- Kommunen auch in NS-Verfolgungspolitik involviert
- Bisher kaum Forschungsinteresse, erst in letzter Zeit
- Beispiel: Hannover – systemstabilisierende Wirkung!!!
- ***“Die Städte und Gemeinden waren stärker in die Verfolgungspolitik einbezogen als bislang angenommen. Sie entließen Mitarbeiter aus rassistischen und politischen Gründen. Sie wirkten an der Judenverfolgung und an Deportationen mit, „arisierten“ Kunstgegenstände, private Bibliotheken, Gold- und Silbergegenstände sowie Immobilien. Die kommunalen Gesundheitsämter sorgten für die massenhafte Sterilisierung von „Erbkranken“. Die Stadtverwaltungen vertrieben Sinti und Roma aus ihren Wohnungen und verfolgten sie. Die städtischen Bauämter beschäftigten in großer Zahl Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Besonders bemerkenswert ist, dass die kommunalen Beamten und Angestellten ihre Handlungsspielräume häufig nicht im Sinne der Opfer nutzten, sondern immer wieder über Direktiven „von oben“ hinausgingen bzw. sogar Verfolgungsmaßnahmen aus eigenem Antrieb ersannen.“*** (Zitat nach Rüdiger Fleiter: NS und die Kommunen, in Bpb)

# NS und Kommunen

- Gegensatz von Partei und Staat? Studien von Hans Mommsen zur Beamtenschaft im NS (60er Jahre)
- „Polykratie“-These: Nicht die Herrschaft eines Einzelnen, sondern die „Herrschaft der Vielen“
- Hinlenkung der Aufmerksamkeit auf die NS-Funktionselementen
- Mommsen: Dualismus von Partei und Staat, Verhältnis sei unklar geblieben. Neben Staat eine eigene Parteibürokratie
- Mommsen: Partei stand dem Staat und den Beamten skeptisch und feindselig gegenüber – FOLGE: Beamten erschien immer als „gemäßigt“, „passiv“, „indirekt ein Opfer“



- Rathausaal von Donaueschingen zur NS-Zeit

# NS und Kommunen



Sitzungssaal des Rathauses von Bielefeld

- Wolf Gruner 1998: Neuer Blick auf Rolle der lokalen Ebene
- Bei Judenverfolgung:  
„wechselseitige  
Dynamisierung“ der lokalen  
und nationalen Politik
- Anstöße zur  
Judendiskriminierung gingen  
in bestimmten Phasen auch  
von lokaler Ebene aus
- Beispiele von Kommunal- und  
Parteiverwaltungen, die aus  
eigenem Antrieb auf  
Radikalisierung drängten
- Fallstudie aus Hannover  
bestätigt diese These

# NS und Kommunen



Reichspogromnacht 9.11.1938: Brand der Synagoge in Hannover

## Hannover:

- kons. Bürgermeister Arthur Menge bis 1937 – schlechtes Verhältnis zur NSDAP, daher 1937 keine neue Amtszeit
- ähnliche Probleme mit Nachfolger
- ABER: Verfolgungspolitik der Stadt kein Sonderfall, Mikrokosmos
- **Beispiel 1: „Erb- und Rassenpflege“:**  
gemäß Gesetz Eröffnung 1935  
Gesundheitsamt mit Abtl. Erb- und Rassenpflege
- über 2100 Sterilisationsanträge, tausende von Ehegesundheitsuntersuchungen, ein Viertel der Stadtbevölkerung in einer Erbkartei.
- „Erbarzt“ in Kritik, weil zu radikal, auf der Handlungsebene kein „Dualismus“

# NS und Kommunen

- **Beispiel 2: Judenverfolgung:** Kommune immer aktiv bei Judenverfolgung
- Verbot des Betretens der Markthalle bis hin zu separaten Öffnungszeiten für Juden in städtischen Ämtern. Bereits kurz nach der Machtübertragung stieß die Kommune Aktionen an, die durch keine zentralen Vorgaben gedeckt waren: Sie änderte Straßennamen, verbannte Bücher jüdischer Autoren aus der Stadtbibliothek und verlieh jüdischen Unternehmern keine öffentlichen Aufträge mehr.
- Eigenständige „Arisierungspolitik“
- Städtischer Ankauf von jüdischen Zwangsabgaben unter OB Haltenhoff
- “Die spektakulärste Radikalisierung durch die Stadtverwaltung geschah im September 1941, als die Kommune auf Druck der NSDAP-Gauleitung die noch nicht zusammengefassten Juden gewaltsam aus ihren Häusern trieb und in "Judenhäusern" einquartierte: Ohne rechtstechnische Grundlage "verwertete" die Stadtverwaltung das beschlagnahmte Mobiliar und wurde dafür von der zuständigen Oberfinanzdirektion gerügt.“



Linz

# NS und Kommunen

- **Beispiel 3: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene**
- Zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur während des Bombenkrieges nutzten die Stadtverwaltungen die Möglichkeit, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene einzusetzen. Allein die Stadtverwaltung Hannover betrieb zeitweise 22 Lager und beschäftigte zu Spitzenzeiten bis zu 9 000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.
- Die Kommunen wirkten als dynamisierende Kraft bei der Zwangsarbeiterbeschäftigung und befürworteten von Anfang an den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener
- Die städtischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wurden zu gefährlichen Arbeiten, etwa zur Entschärfung von Bomben, eingeteilt. Stadtverwaltungen wie Köln kooperierten zu diesem Zweck sogar mit der SS, um KZ-Häftlinge dafür zu rekrutieren



Linz

# NS und Kommunen



Polizei parade in der Bremer Innenstadt während der NS-Zeit

- **Fazit:** Obwohl Hannover weniger nazifiziert war als z.B. München oder Frankfurt war, radikalisierte sie die NS-Politik dennoch.
- NS-Verfolgungspolitik durch Kommunen noch nicht ausreichend erforscht (z.B. Edelmetallangabe für Juden organisiert durch Kommunen)
- Rund 54 Mio. RM Gewinn durch öffentlichen Ankauf von jüdischem Gold und Silber – keine Erwähnung in Stadtgeschichten
-



# NS und Kommunen

Bremer Einkaufspassage zur  
NS-Zeit

## Verfolgungsfelder auf kommunaler Ebene:

Die Personalämter entließen nach dem Berufsbeamtengesetz Mitarbeiter aus politischen und rassistischen Gründen.

Die Sportämter beschlagnahmten die Sportanlagen von jüdischen Vereinen und der Arbeiterbewegung.

Die Gartenverwaltungen vertrieben Juden aus den öffentlichen Grünanlagen.

Die Statistischen Ämter ermittelten die Anzahl von Juden und "Mischlingen" im Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei.

Die Einwohnerämter führten Suchkarten des Gesundheitsamtes für Geschlechtskranke.

Die Wohlfahrtsämter lieferten Informationen in Sterilisations- sowie Ehegesetzgebungsverfahren und waren an der Verfolgung von "Asozialen" beteiligt.

Die Standesämter arbeiteten bei der Umsetzung der Ehegesetzgebung mit den Gesundheitsämtern Hand in Hand.

Die Stadtarchive lieferten Material zur "Sippenforschung".

Die Schulämter gaben Beurteilungen von Hilfsschülern zur Verwendung in Sterilisationsverfahren weiter und schlossen jüdische Kinder vom Unterricht aus.

Die Wohnungsämter vertrieben Juden, Sinti und Roma aus ihren Wohnungen und bereiteten Deportationen vor.

Die Fürsorgebehörden schlossen Juden von Sozialleistungen aus.

Die Oberbürgermeister genehmigten in vielen Kommunen die "Arisierungen" von Einzelhandelsgeschäften.

Die Grundstücksämter kauften Immobilien von jüdischen Eigentümern, die auswandern mussten oder deportiert wurden.

Die Kämmereien verbuchten das "arisierte" Vermögen in den städtischen Haushalten.

Die Bauämter organisierten die städtischen Kriegsgefangeneneinsätze.

Die Wirtschafts- und Ernährungsämter waren für die Lebensmittelrationierung für sämtliche Einwohner zuständig - inklusive der Juden sowie der Insassen in Gefängnissen, Gefangenen- und Konzentrationslagern. Kaum eine Behörde verfügte über einen solch umfassenden Überblick über das NS-Lagersystem.